Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und die Ausgabestellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Sprechstunden: Nachmittags Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Auer und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 50 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 50 — Sonnabend, den 28. Februar 1925 — 20. Jahrgang

Herabsetzung des Diskont- und Lombardzinsfußes.

Berlin, 26. Februar. Die Reichsbank hat den Wechseldiskont von 10 auf 9 Prozent und den Lombardzinsfuß von 12 auf 11 Prozent mit Wirkung vom heutigen Tage herabgesetzt.

Erklärungen Dr. Schachts.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab hierzu in der heutigen Zentralausschußsitzung der Reichsbank folgende Erläuterungen:

Der Status der Reichsbank hat sich sowohl gegen Ende des alten Jahres, wie auch insbesondere nach Ueberwindung des Dezember-Ultimos verhältnismäßig befriedigend entwickelt. Die gesamte Wechsel und Lombardanlage der Reichsbank, die Ende Oktober ungefähr 2 378 Millionen Reichsmark betragen hatte, stellte sich ultimo des Jahres 1924 nur auf 2 081 Millionen Reichsmark, also rund um 300 Millionen Reichsmark niedriger. Sie ist dann bis zum 23. Februar dieses Jahres nahezu um weitere 500 Millionen Reichsmark, nämlich auf rund 1600 Millionen Reichsmark, zurückgegangen. Zu dieser Entlastung hat einmal beigetragen das Hereinkommen ausländischer Kredite, die, soweit sie zu Markanschaffungen benutzt worden sind, den Devisenbestand der Reichsbank wesentlich gestärkt haben, ferner die Herausnahme landwirtschaftlicher Wechsel aus dem Reichsbankportefeuille auf Grund des Rentenbank-Liquidierungsgesetzes und endlich eine allgemeine Entlastung, die dazu geführt hat, daß die intern für die Bankanstalten gesetzten Kreditkontingente in der letzten Zeit nur an wenigen Stellen voll ausgenutzt worden sind.

Der gesamte Zahlungsmittelumlauf (das sind also Reichsbanknoten, Privatbanknoten, Rentenbankscheine und Münzen) hatte sich für Ende Dezember 1924 auf 4274 Millionen Reichsmark belaufen. Er ist bis zum 23. Februar ungefähr auf 3800 Millionen Reichsmark zurückgegangen und hat damit den Stand vom 23. Dezember vorigen Jahres etwas unterschritten. Die Lage der Reichsbank gestattet danach die Erwägung einer Diskontherabsetzung. Da ferner die Bemühungen der Reichsbank um die Wiedereinführung eines Privatdiskontverkehrs Fortschritte gemacht haben und da ebenso die auf eine Konzentration der öffentlichen Gelder und ihre Verwendung am offenen Geldmarkt gerichteten Bestrebungen bei mehreren der in Frage kommenden Stellen volles Verständnis gefunden haben, so hat das Reichsbankdirektorium sich entschlossen, den Diskontsatz mit Wirkung vom heutigen Tage von 10 Prozent auf 9 Prozent herabzusetzen, ohne damit auf das auch bisher geübte und gegebenenfalls auch weiter anzuwendende Recht einer Kontingentsregulierung zu verzichten.

München, 26. Februar. Die Bayerische Notenbank hat ebenso wie die Reichsbank den Wechseldiskontsatz auf 9 Prozent und den Lombardzinsfuß auf 11 Prozent ermäßigt.

Berlin, 26. Februar. Während seit September 1923 beim Wechselankauf durch die Reichsbank Zinsen für mindestens 10 Tage berechnet wurden, ist jetzt, wie uns die Reichsbank mitteilt, die Mindestzahl der Zinstage für die Berechnung der Zinsen beim Ankauf von Inlandswechseln — einheitlich für Platz- und Versandwechsel — auf 5 Tage für Wechsel im Ankaufbetrage von 5000 und mehr Mark festgesetzt worden.

Zur Krankheit des Reichspräsidenten.

Berlin, 27 Februar. WTB. Der heute Morgen 10 Uhr herausgegebene amtliche Bericht über Krankheit und Befinden des Reichspräsidenten lauten: Der Reichspräsident hat eine gute Nacht verbracht, sein Befinden hat sich weiter gebessert.

Der Magistrat von Berlin hat an Frau Ebert folgendes Telegramm gerichtet: Mit aufrichtiger Teilnahme verfolgt die Reichshauptstadt die schwere Erkrankung des Herrn Reichspräsidenten und spricht ihre herzlichen Wünsche für baldige Besserung und Gesundung aus.

Berlin, 26. Februar. Der König von Spanien hat dem Reichspräsidenten folgendes Telegramm zugesandt: Ich habe von dem guten Verlauf der Operation Kenntnis erhalten und spreche Ihnen, Herr Reichspräsident, herzlichste Wünsche für Ihre völlige Wiederherstellung aus. Alfonso.

Berlin, 26. Februar. Die in Spanien ansässigen deutschen Firmen haben an den Reichstagspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem sie an den deutschen Reichstag die dringende Bitte richten, bei den bevorstehenden Verhandlungen über das deutsch-spanische Handelsabkommen eingedenk zu sein, daß von der Annahme desselben das Wohl und Wehe tausender in Spanien lebender Deutschen abhängt.

Tscheka-Prozeß.

Leipzig, 26. Febr. 18. Verhandlungstag. Zur heutigen Verhandlung sind außer den Offizialverteidigern auch die Wahlverteidiger wieder anwesend, nur Dr. Samter fehlt. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld bittet, eine kurze Erklärung abgeben zu dürfen. Dies wird nach Gerichtsbeschluß abgelehnt. Inzwischen erscheint auch Dr. Samter, ohne am Betreten des Saales gehindert zu werden. Auf einen Antrag des Rechtsanwalts Dr. Rosenfeld verlassen darauf die Offizialverteidiger den Saal. Ein weiterer Antrag des Angeklagten Mörsner, jetzt seine Vernehmung vorzunehmen, da er auszusagen bereit sei, wird abgelehnt; der Vorsitzende erklärt, die Vernehmung zu einem späteren ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt vornehmen zu wollen. Hierauf wird der Angeklagte Meus vernommen. Er wurde als erstes Mitglied der Gruppe Hans verpflichtet, behauptet aber, dies sei nicht unter Verlesung der bekannten Formel geschehen. Er sollte den General von Seeckt beobachten, von „erledigen" habe aber Neumann nicht gesprochen. Er habe angenommen, daß der General kompromittiert und gesellschaftlich lächerlich gemacht werden sollte. Weiteres habe er über den Fall Seeckt nicht erfahren, da er von Ende November bis Ende Januar krank gewesen sei. Daß die Gruppe im Besitz von Sprengstoffen und Waffen gewesen sei, habe er nicht gewußt. Das Paket mit den Bazillen habe Neumann in seine Wohnung gebracht, ohne etwas über den Inhalt zu sagen. Weiter sagt Meus, er habe angenommen, daß Helmuth der Geldgeber sei, von der russischen Botschaft habe er aber nichts gewußt. Er selbst habe für Neumann vor der Fahrt nach Frankfurt durch einen Bekannten in der russischen Botschaft namens Wunderfee Dollars umgewechselt und sogar 4,30 Mark für einen Dollar erhalten.

In seiner weiteren Aussage bekundet Meus, daß er und Szon von Neumann lediglich den Auftrag erhalten hätten, den als Spitzel verdächtigen Wetzel zu beobachten, nicht aber zu „erledigen". Als er im Herbst in der Zeitung von der Verhaftung der Gruppe gelesen habe, habe er sich bemüht, von der kommunistischen Reichstags- und Landtagsfraktion Hilfe zu erhalten. Die Abgeordneten hätten aber von der ganzen Tätigkeit Neumanns nichts gewußt. Am 14. April seien zwei Berliner und ein Stuttgarter Kriminalbeamter bei ihm erschienen, um das Paket, das ihm Neumann zur Aufbewahrung übergeben hatte, abzuholen. Sie hätten einen entsprechenden Zettel Neumanns vorgezeigt. Darauf sei er (Meus) verhaftet worden. Rechtsanwalt Dr. Löwenthal beantragt im Anschluß an die Behauptung, daß in dem erwähnten Paket auch ein falscher Paß für Meus gewesen sei, sämtliche Schriftstücke aus dem Paket zu verlesen. Der Vorsitzende lehnt dies ab. Den den Kriminalbeamten mitgegebenen Zettel erklärt Angeklagter Neumann für echt. Eine Erklärung, was ihn zu diesem Zettel veranlaßt hat, will er auf Anraten seines Verteidigers erst bei Vernehmung der Beamten abgeben. Hier tritt eine Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung wird der Angeklagte Huse vernommen, der in der Partei zu Kurierdiensten verwendet wurde. Er wurde am 24. März v. J. mit Stoblewski zusammen verhaftet. Er gibt an, Stoblewski erst drei Tage vorher unter dem Namen Alex durch Vermittlung eines gewissen Alfred kennen gelernt zu haben. Alex habe ihm den Auftrag geben wollen, Papiere zu beschaffen. Die Verhaftung sei schon vor Beendigung des Gesprächs erfolgt, sodaß er Näheres nicht angeben könne. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Heute soll im Handelsministerium eine gemeinsame Sitzung der beiden Delegationen für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen stattfinden. Der Exzelsior schreibt: „Es besteht auf beiden Seiten der Wunsch, gemeinsam die Richtlinien zu dem endgültigen Entwurf zu einem Handelsvertrag festzustellen, den Herr Trendelenburg seiner Regierung vorlegen will. In der letzten Zeit glaubte man, daß eine längere Unterbrechung der Verhandlungen unvermeidlich sein würde. Heute besteht die Hoffnung, daß die Beratungen der letzten Tage eine Besserung der Lage gebracht haben.

Ueber den Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wird weiterhin berichtet: Raynaldy hat der deutschen Delegation neue Vorschläge über die Lösung der schwebenden Fragen unterbreitet. Ein Mitglied der deutschen Delegation ist heute in Berlin eingetroffen, um an hiesiger Stelle persönlich Bericht zu erstatten. Es kann schon jetzt gesagt werden, daß die neuen französischen Vorschläge eine Meistbegünstigung de fakto für das Definitivum vorsehen. Die Schwierigkeiten liegen weniger auf seiten der französischen Delegation als in der französischen Gesetzgebung und bei maßgebenden französischen Wirtschaftskreisen. Die neuen Vorschläge, über die heute in Paris zwischen Trendelenburg und Raynaldy eingehend gesprochen wird, werden von deutscher Seite im allgemeinen als annehmbar bezeichnet. Es ist somit zu erwarten, daß man sich binnen kurzem dahin einigt, für das Definitivum gewisse Zusicherungen zu geben. Dann dürfte eine Verhandlungspause eintreten, nach der die endgültige Regelung erfolgen wird.

Ein Hilferuf aus dem besetzten Gebiet.

Köln, 26. Februar. Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete hielt heute eine Sitzung im Rathaus in Köln ab, die in erster Linie eine Aussprache mit dem Vorstand des Verbandes der Stadt- und Landkreise der besetzten Gebiete diente. Auch die Landgemeinden des besetzten Gebietes waren vertreten. Es kamen vor allem die wirtschaftliche Notlage des besetzten Gebietes und die damit zusammenhängenden mißlichen Finanzverhältnisse der Gemeinden dieses Gebietes zur Sprache. Ferner bildeten die an die Bevölkerung und die Gemeinden des besetzten Gebietes vom Reiche zu zahlenden Entschädigungen den Gegenstand der Besprechung. Unter allen Teilnehmern an der Besprechung bestand Uebereinstimmung darüber, daß die Verhältnisse des besetzten Gebietes dringend Hilfsmaßnahmen des Reiches erfordern.

Englische Abrüstung!

London, 26. Febr. Bei der Vorlage der Voranschläge für die Luftstreitkräfte erklärte der Minister Hoare im Unterhaus, daß das Budget sich auf 1 972 000 Pfund Sterling erhöhen werde. Dies sei zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Luftstreitkräfte im Vergleich zu den früheren Jahren verstärkt werden sollen. Bisher seien 18 Fluggeschwader für die Verteidigung des Landes zur Verfügung gewesen; acht weitere sollten im Laufe des kommenden Statjahres dazutreten. Außerdem solle eine besondere Befehlsstelle geschaffen werden, die sich mit der Abwehr von Luftangriffen befassen werde. Großbritannien sei auch jetzt noch den größten europäischen Luftmächten im Verhältnis von 1 : 8 unterlegen: es handle sich allerdings dabei um befreundete und alliierte Staaten.

Der Kurdenaufstand.

London, 26. Febr. Einer Meldung aus Konstantinopel zufolge fielen die Ortschaften Diarbekir und Malatia gestern in die Hände der aufständischen Kurden. Der Wali von Diarbekir und Irphana wurde gefangen genommen.

Nach einer weiteren Meldung aus Konstantinopel wird die Revolution der Kurden in Ostanatolien von dem Scheich Said geleitet. Sie breitet sich immer mehr aus und hat bereits 12 Vilajets ergriffen. Der Berichterstatter des genannten Blattes glaubt sogar, daß die türkische republikanische Regierung durch diese monarchistische und klerikale Bewegung verdrängt werden könnte. Die Nationalversammlung von Angora ermächtigte das Kabinett, den Belagerungszustand in der Türkei zu verhängen. Starke Truppenabteilungen wurden konzentriert und marschieren durch die vollkommen verschneiten kurdischen Gebirge heran, um den Aufruhr zu unterdrücken. Den Rebellen gelang die Eroberung von Diarbekir, Charput und Derfim, wo sie die Regierungstruppen zu schnellem Rückzug zwangen. Der Führer der Rebellen ist nicht mehr Scheich Said, der eine unbedeutende Rolle spielt, sondern der Oberst Nevreß Bey, der die Absicht hat, einen der Söhne des Sultans Abdul Hamid, nämlich Selim Effendi, zum Sultan und Kalifen auszurufen. Dieser befindet sich gegenwärtig in Syrien. Der Generalstabschef des Obersten Nevreß Bey ist der Oberst Jussuf Zia Kemal, der aus der türkischen Armee desertierte und zu den Engländern überging und sich später der Bewegung des Scheichs Said anschloß. Ein offizielles Kommuniquee, das um Mitternacht in Angora noch ausgegeben wurde, erklärt, daß die Rebellen mit schweren Verlusten zurückgejagt wurden. Ein Flugzeuggeschwader der Türken bombardierte das Dorf Hlain, die Residenz von Said. Das Dorf sei vollkommen zerstört worden. Eine Proklamation wurde veröffentlicht, die die Gründung eines kurdischen Königsreichs mit Selim Effendi als weltlichem und geistlichem Herrscher ankündigt. Die Türken glauben, daß sie drei Wochen brauchen werden, um der Bewegung Herr zu werden, was infolge der schweren Schneefälle schwierig ist.

Man darf annehmen, daß hinter diesem Aufstand der Kurden eine europäische Großmacht steht, die den religiösen Bestrebungen der Kurden politische Unterstützung angedeihen läßt, um die junge türkische Republik in Schwierigkeiten zu bringen. Die Ausweisung des ökumenischen Patriarchen mag für die Schutzmacht der Griechen der Anlaß gewesen sein, die im Osten des Türkenreiches für alle Fälle vorbereitete Glut zum Brande zu entfachen.